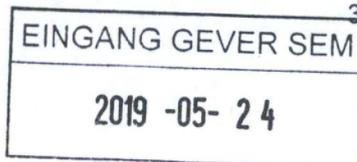


REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus
Staatssekretariat für Migration
Quellenweg 6
3003 Bern



22. Mai 2019

Brexit; Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. März 2019 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens Stellung zu nehmen.

Wir danken für diese Gelegenheit und teilen Ihnen mit, dass wir dem Abkommen zustimmen und keine Bemerkungen dazu haben.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

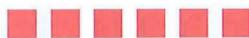
Dr. Urs Hofmann
Landammann



Vincenza Trivigno
Staatsschreiberin

Kopie

- marie-claire.demont@sem.admin.ch
- peter.von-wartburg@sem.admin.ch



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Staatssekretariat für Migration
Quellenweg 3
3003 Bern

Appenzell, 17. Mai 2019

Brexit: Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. März 2019 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zum Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie teilt die Ansicht, dass die Schweiz weiterhin stabile Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich pflegen soll und stimmt dem Abkommen zu.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:



Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- marie-claire.demont@sem.admin.ch
- peter.von-wartburg@sem.admin.ch
- Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 10d, 9050 Appenzell
- Konferenz der Kantonsregierungen, Haus der Kantone, Speichergasse 6, 3007 Bern
- Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Oberegg
- Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell



EINGANG GEVER SEM

2019 -05- 22

Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

Eidg. Justiz- und
Polizeidepartement

22. Mai 2019

No. _____

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 21. Mai 2019

Eidg. Vernehmlassung; Brexit: Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. März 2019 wurden die Kantonsregierungen vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) eingeladen, zur eingangs erwähnten Vorlage Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Der Regierungsrat begrüsst die vorgeschlagenen Änderungen. Die Schweiz will weiterhin stabile Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich pflegen, was dieses Abkommen unabdingbar macht. Zentral ist, dass – falls der Brexit vorher in Kraft treten sollte – bis zur Annahme des Abkommens durch das eidgenössische Parlament die bisherige Praxis fortgeführt wird.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Roger Nobs, Ratschreiber

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
www.rr.be.ch
info.regierungsrat@sta.be.ch

Staatssekretariat für Migration
Quellenweg 6
3003 Bern

Per E-Mail an:
marie-claire.demont@sem.admin.ch;
peter.von-wartburg@sem.admin.ch

22. Mai 2019

RRB-Nr.: 526/2019
Direktion Staatskanzlei
Unser Zeichen 2019.STA.690
Ihr Zeichen
Klassifizierung Nicht klassifiziert



**Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreich aus der EU und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens (FZA).
Rückmeldung des Kantons Bern**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur Bundesvernehmlassung zum titelvermerkten Geschäft.

Der Regierungsrat stimmt dem Abkommen über die erworbenen Rechte zu. Er begrüsst die Absicht des Bundesrates, mit dem Abkommen die Staatsangehörigen und Unternehmen beider Länder vor der Ungleichbehandlung und der Rechtsunsicherheit zu schützen, die mit dem Wegfall des FZA einhergeht. Damit werden insbesondere auch die individuellen Freiheitsrechte von Schweizerinnen und Schweizern und ihren Familienangehörigen im Vereinigten Königreich gesichert. Gleichzeitig bedauert er, dass als Folge des angestrebten Brexits zwei Kategorien von Staatsangehörigen und Unternehmen geschaffen werden: Jene, die über die Bestimmungen des FZA eingewandert sind und jene, die nach dem Wegfall des FZA in die Schweiz einwandern. Letztere werden zu Drittstaatsangehörigen, obwohl das Vereinigte Königreich und die Schweiz wirtschaftlich, politisch und kulturell eng verbunden bleiben.

In der Schweiz werden zukünftig somit zwei Gruppen von britischen Staatsangehörigen leben. Wie der Bundesrat in seinem erläuternden Bericht erwähnt, wird die Schwierigkeit für die Kantone darin bestehen, den verschiedenen Rechten der britischen Staatsangehörigen Rechnung zu tragen. Dies ist mit einem finanziellen und personellen Zusatzaufwand verbunden. Das

Gleiche gilt für den Wechsel zum biometrischen Ausländerausweis und die manuellen Anpassungen im Zentralen Migrationsinformationssystem (ZEMIS), deren Aufwand derzeit nicht abgeschätzt werden kann.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident



Christoph Neuhaus

Der Staatsschreiber



Christoph Auer

Regierungsrat BL, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Bern

Per E-Mail an:

marie-claire.demont@sem.admin.ch
peter.von-wartburg@sem.admin.ch

Liestal, 14. Mai 2019

Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreich aus der EU und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens (FZA); Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Meinungsäusserung. Das Ziel des Bundesrats, nach dem EU-Austritt des Vereinigten Königreichs die von Schweizer Staatsangehörigen und von UK-Staatsangehörigen gestützt auf das Freizügigkeitsabkommen FZA erworbenen Rechte (z.B. Aufenthaltsrechte) mit dem erwähnten Abkommen zu sichern, ist zu unterstützen. Auf diese Weise lassen sich kontraproduktive Rechtsunsicherheiten zum Vornherein vermeiden.

Das Vereinigte Königreich ist in vielfacher Hinsicht ein wertvoller Partner für die Schweiz, mit dem weiterhin gute Beziehungen zu pflegen sind. Daher sollte nach dessen geordnetem oder allenfalls ungeordnetem Austritt aus der EU ein neues, dem FZA ähnliches Abkommen ausgehandelt werden, das den wirtschaftlichen Interessen beider Länder gerecht wird und auch in Zukunft garantiert, dass die Schweiz und das Vereinigte Königreich gleichermassen wie bis anhin von den Migrationsbewegungen profitieren können.

Abschliessend gestatten wir uns noch folgende Bemerkung zu Artikel 10, Ziffer 1, Buchstabe e, iv) des zur Stellungnahme unterbreiteten Abkommens: Dem erläuternden Bericht lässt sich keine Begründung entnehmen, aus welchem besonderen Grund für Ehen, die erst nach dem Wegfall des FZA geschlossen werden, trotzdem noch während fünf Jahren die vorherige FZA-Regelung für den (Familien-)Nachzug eines Ehegatten gelten soll. Aus Gleichbehandlungssicht wäre eher angezeigt, dass sämtliche Eheschliessungen nach Wegfall des FZA von Beginn an dem innerstaatlichen Recht über den Familiennachzug unterstehen.

Hochachtungsvoll


Monica Gschwind
Regierungspräsidentin


Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Staatssekretariat für Migration (SEM)

Per Email an:
marie-claire.demont@sem.admin.ch
peter.von-wartburg@sem.admin.ch

Basel, 22. Mai 2019

Regierungsratsbeschluss vom 21. Mai 2019

Brexit: Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. März 2019 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD uns eingeladen, uns zu eingangs erwähntem Abkommen zu äussern.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Aufgrund der Bedeutung der bestehenden wirtschaftlichen Beziehungen begrüssen wir das Abkommen sehr. Damit wird die notwendige Rechtssicherheit für eine weiterhin gute und stabile Zusammenarbeit der beiden Staaten geschaffen.

Mit freundlichen Grüssen
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Elisabeth Ackermann
Präsidentin

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Kopie an
Konferenz der Kantonsregierungen (l.gobbo@kdk.ch)



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

EINGANG GEVER SEM

2019 -05- 09

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48

www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Secrétariat d'Etat aux migrations
3003 Berne

Fribourg, le 7 mai 2019

Accord entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord relatif aux droits des citoyens à la suite du retrait du Royaume-Uni de l'Union européenne et de la fin de l'applicabilité de l'accord sur la libre circulation des personnes – réponse à la consultation

Madame la Conseillère fédérale,
Madame, Monsieur,

Par courrier du 22 mars dernier, vous nous avez consultés sur l'objet cité en titre, et nous vous en remercions. Nous nous prononçons comme suit.

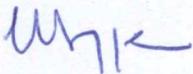
Le projet d'accord vise principalement à protéger les droits que les ressortissants suisses et britanniques ainsi que les membres de leur famille ont acquis ou sont en train d'acquérir en vertu de l'Accord sur la libre circulation des personnes (ALCP) en tant que travailleurs salariés, indépendants, prestataires de services ou personnes sans activité lucrative au-delà du retrait du Royaume-Uni de l'Union européenne. Il permet ainsi de remédier aux effets de ce retrait qui nuiraient à la volonté commune de nos deux Etats de maintenir les relations étroites qui existent sur les plans économique, politique et migratoire.

Cet accord induira un changement de statut des Britanniques qui sont d'ores et déjà admis en Suisse et qui passeront de l'état de « ressortissants de l'UE » à l'état de « ressortissants d'Etats tiers au bénéfice de droits basés sur l'ALCP ». Malgré l'effectif limité des citoyens britanniques sur sol suisse, sa mise en œuvre entraînera manifestement des charges supplémentaires de travail pour les services cantonaux. La gestion du séjour selon les nouvelles normes applicables ainsi que le traitement des relations avec les services de sécurité sociale seront bien davantage compliqués vu les différences à respecter en fonction de la distinction à apporter entre les personnes pouvant faire valoir des droits acquis analogues à ceux de l'ALCP et celles qui relèveront de la Loi sur les étrangers et l'intégration. Cette distinction ne sera certainement pas simple à reconnaître dans certaines situations, notamment dans des constellations familiales complexes. Les références légales à appliquer par les cantons aux bénéficiaires de droits acquis seront par ailleurs totalement nouvelles - en l'occurrence le présent accord - et il sera nécessaire de s'y familiariser.

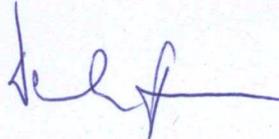
Nonobstant cette complexification et cette augmentation du travail quotidien des services cantonaux de migration, nous ne pouvons qu'approuver la conclusion de cet accord.

Nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, Madame, Monsieur, nos salutations les meilleures.

Au nom du Conseil d'Etat :



Jean-Pierre Siggen
Président



Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat



RÉPUBLIQUE ET CANTON DE GENÈVE

EINGANG GEVER SEM

2019 -05- 23

Genève, le 22 mai 2019

Le Conseil d'Etat

2261-2019

Eidg. Justiz- und
Polizeidepartement

23. Mai 2019

No. _____

Département fédéral de justice et police
(DFJP)
Madame Karin Keller-Sutter
Conseillère fédérale
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Concerne : accord entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord relatif aux droits des citoyens à la suite du retrait du Royaume-Uni de l'Union européenne et de la fin de l'applicabilité de l'accord sur la libre circulation des personnes

ouverture de la procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Votre courrier du 22 mars 2019 relatif à l'ouverture de la procédure de consultation sur le sujet cité en titre nous est bien parvenu et nous vous en remercions.

Le Conseil d'Etat a pris connaissance de l'accord sur les droits acquis des citoyens à la suite du Brexit. Il partage les objectifs du Conseil fédéral et estime que cet accord est dans l'intérêt de la Suisse, dans la mesure où il permet de protéger les ressortissants suisses au Royaume-Uni et de maintenir des relations étroites et stables avec cet important partenaire de notre pays.

Sur le fond, notre Conseil est également favorable au projet de modification de la loi fédérale sur l'acquisition d'immeubles par des personnes à l'étranger (PLFAIE), qui vise à maintenir les droits acquis en matière d'acquisition d'immeubles par les ressortissants du Royaume-Uni qui ont établi leur domicile légalement constitué (permis B) et effectif en Suisse avant la date spécifiée par l'art. 2 let. b de l'accord mentionné sous rubrique (ci-après "la date spécifiée").

Quant à la forme, l'art. 5 al. 1 let a^{bis} PLFAIE ne nous semble pas clair. On pourrait à notre avis interpréter cette disposition en ce sens qu'un ressortissant du Royaume-Uni qui a acquis son domicile légal avant la date spécifiée et son domicile effectif après cette date n'est pas une personne à l'étranger (ch. 3 a contrario). Vu que le but de la modification est de maintenir les droits acquis par les ressortissants du Royaume-Uni en vertu de la loi actuelle, il convient à notre avis d'utiliser, dans la mesure du possible, les mêmes termes.

Nous suggérons par conséquent de formuler l'art. 5 al. 1 let. a^{bis} PLFAIE comme suit :

"Par personnes à l'étranger on entend les ressortissants du Royaume-Uni qui :

- 1. n'ont pas leur domicile légalement constitué et effectif en Suisse ou*
- 2. ont acquis leur domicile légalement constitué ou effectif en Suisse après la date spécifiée ...".*

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre considération distinguée.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière



Michèle Righetti

Le président :



Antonio Hodgers

Regierungsrat
Rathaus
8750 Glarus

Eidgenössisches Justiz- und Poli-
zeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Glarus, 28. Mai 2019
Unsere Ref: 2019-91

**Vernehmlassung i. S. Brexit: Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossen-
schaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die
Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs
aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens**

Hochgeachtete Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie gaben uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Da-
für danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen: Das Abkommen deckt die bisheri-
gen Rechte und Pflichten zwischen den beiden Ländern im Bereich der Freizügigkeit, der
Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit sowie der gegenseitigen Anerkennung
von Berufsqualifikationen nach dem Brexit ab. Die Beziehungen zwischen Grossbritannien
und der Schweiz sind sehr ausgeprägt. Für die Schweizer Wirtschaft ist der britische Arbeits-
markt von grosser Bedeutung. Die Vorlage wird von uns deshalb befürwortet.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den
Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat


Dr. Andrea Bettiga
Landammann


Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

E-Mail an: marie-claire.demont@sem.admin.ch, peter.von-wartburg@sem.admin.ch

versandt am: **29. Mai 2019**

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Département fédéral de justice et police (DFJP)
A l'att. de Madame la Conseillère fédérale
Karine Keller-Sutter
Palais fédéral Ouest
3003 Berne

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Par email à : Marie-Claire Demont : marie-claire.demont@sem.admin.ch
Peter von Wartburg : peter.von-wartburg@sem.admin.ch

Delémont, le 14 mai 2019

Accord entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord relatif aux droits des citoyens à la suite du retrait du Royaume-Uni de l'Union européenne et de la fin de l'applicabilité de l'accord sur la libre circulation des personnes ; Ouverture de la procédure de consultation.

Madame la Conseillère fédérale,

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura a bien reçu votre courrier du 22 mars 2019 relatif à l'accord entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord cité sous rubrique (ci-après : accord sur les droits acquis des citoyens). Il vous remercie de l'avoir consulté et prend position comme suit.

Sur les plans économique, politique et migratoire, le Royaume-Uni est un partenaire important de la Suisse avec lequel il est essentiel de maintenir des relations étroites, stables et prévisibles; aussi bien dans l'intérêt des quelque 43'000 ressortissants britanniques séjournant en Suisse, que des 34'500 ressortissants suisses vivant actuellement au Royaume-Uni.

Le Gouvernement est favorable à la stratégie dite « mind the gap », stratégie mise en œuvre par le Conseil fédéral et qui vise à protéger les ressortissants et les entreprises suisses et britanniques face à l'insécurité juridique découlant de la fin de l'applicabilité de l'accord sur la libre circulation des personnes (ALCP) entre les deux pays.

Il observe que l'accord en question a pour objectif de sauvegarder les droits que les ressortissants suisses et britanniques ainsi que les membres de leur famille ont acquis ou sont en train d'acquérir en vertu de l'ALCP en tant que travailleurs salariés ou indépendants (y compris les frontaliers pour ces deux catégories de travailleurs), prestataires de services ou personnes sans activité lucrative.

L'accord doit clairement être distingué du régime applicable aux ressortissants britanniques et suisses qui souhaitent entrer, séjourner ou exercer une activité lucrative sur le territoire de l'autre Etat après la fin de l'applicabilité de l'ALCP (en Suisse, création d'un contingent temporaire de 3'500 autorisations de séjour pour les ressortissants britanniques).

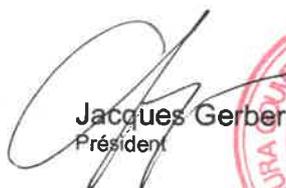
Il constate également que le projet d'accord reste très proche de l'annexe I ALCP, consacrée à la libre circulation des personnes, et de l'annexe III qui traite de la reconnaissance mutuelle des qualifications professionnelles. Quant à l'annexe II, il salue le fait que les spécificités découlant de la législation suisse inscrites dans l'ALCP ont toutes été maintenues.

Enfin, la difficulté, pour les autorités de migrations notamment, consistera à différencier les catégories de ressortissants britanniques présents sur le territoire suisse et à distinguer leurs droits respectifs (régime des droits acquis ou régime prévu après la fin de l'applicabilité de l'ALCP entre les deux Etats) et les charges supplémentaires qui en découleront ne doivent cependant pas constituer un obstacle à l'adoption de cet accord.

En conclusion, considérant que le projet d'accord sur les droits acquis des citoyens contribuera à assurer la stabilité et la pérennité des relations économiques politiques et migratoires entre nos deux pays, nonobstant le retrait du Royaume-Uni de l'Union européenne, le Gouvernement jurassien se prononce en faveur du projet d'accord mis en consultation.

En vous remerciant de l'attention portée à la présente, il vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'expression de sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Jacques Gerber
Président




Gladys Winkler Docourt
Chancelière d'Etat



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bundeshaus West
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 21. Mai 2019

Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich Grossbritannien und Nordirland über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens. Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sie haben uns mit Schreiben vom 22. März 2019 zur Vernehmlassung zu oben genanntem Abkommen eingeladen. Wir danken für die Möglichkeit der Mitwirkung und nehmen gerne wie folgt Stellung.

Wir begrüssen das vorgeschlagene Abkommen. Es bringt für die britischen Staatsangehörigen in der Schweiz, aber auch für die schweizerischen Staatsangehörigen im Vereinigten Besitzstandsgarantien und damit Rechtssicherheit gewährt.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES

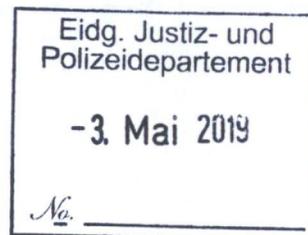
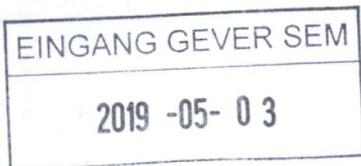

Res Schmid
Landammann




lic. iur. Hugo Murer
Landschreiber

Geht an:

- marie-claire.demont@sem.admin.ch
- peter.von-wartburg@sem.admin.ch
- l.gobbo@kdk.ch



CH-6061 Sarnen, St. Antonistrasse 4, VD

B-Post

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
3003 Bern

Sarnen, 29. April 2019

Brexit: Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreich aus der EU und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens (FZA): Eröffnung Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter, *geschätzte Karin*
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. März 2019 laden Sie uns zur Stellungnahme bezüglich Eingangs erwähntem Geschäft ein. Dafür danken wir Ihnen bestens. Die Frist läuft am 29. Mai 2019 ab.

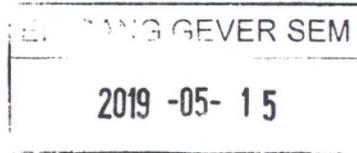
Das vorliegende Abkommen wurde am 25. Februar 2019 unterzeichnet und schützt die erworbenen FZA-Rechte von Schweizerinnen und Schweizern im Vereinigten Königreich und von britischen Staatsangehörigen in der Schweiz. Das Abkommen deckt die erworbenen Rechte im Bereich der Freizügigkeit, der Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit und der gegenseitigen Anerkennung von Berufsqualifikationen ab. Wir haben die Unterlagen geprüft und keine Anmerkungen anzubringen. Besten Dank für Ihre Bemühungen.

Freundliche Grüsse


Daniel Wyler
Regierungsrat

Kopie an:

- marie-claire.demont@sem.admin.ch und peter.von-wartburg@sem.admin.ch (Word- und PDF-Version)
- l.gobbo@kdk.ch und mail@kdk.ch (Word- und PDF-Version)
- Staatskanzlei (OWSTK.3454)



15. Mai 2019

No. _____



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 32 60
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 14. Mai 2019

**Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten
Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Rechte der Bürgerinnen
und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen
Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens; Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 22. März 2019 laden Sie uns zur Vernehmlassung in oben erwähnter
Angelegenheit ein. Für diese Möglichkeit danken wir Ihnen bestens.

Wir haben keine Einwände gegen das erwähnte Abkommen und verzichten auf eine Stel-
lungnahme.

Im Namen der Regierung

Stefan Kölliker
Präsident

Canisius Braun
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:

marie-claire.demont@sem.admin.ch, peter.von-wartburg@sem.admin.ch

Kanton Schaffhausen
Regierungsrat
Beckenstube 7
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch



Telefon +41 (0)52 632 71 11
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

Regierungsrat

Eidgenössisches Justiz-
und Polizeidepartement

per E-Mail an:

- marie-claire.demont@sem.admin.ch
- peter.von-wartburg@sem.admin.ch

Schaffhausen, 21. Mai 2019

Brexit: Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. März 2019 haben Sie uns in vorgenannter Angelegenheit zur Stellungnahme eingeladen. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und teilen Ihnen mit, dass wir das unterbreitete Abkommen begrüssen.



Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident:

Ernst Landolt

Der Staatsschreiber:

Dr. Stefan Bilger

Ambassadorshof/Riedholzplatz 3
4509 Solothurn
Telefon 032 627 93 61
inneres@ddi.so.ch

Susanne Schaffner
Regierungsrätin



Staatssekretariat für Migration SEM
Direktionsbereich Zuwanderung
und Integration
Frau Marie-Claire Demont
Herr Peter von Wartburg
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

03. Mai 2019

Brexit: Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens; Vernehmlassung

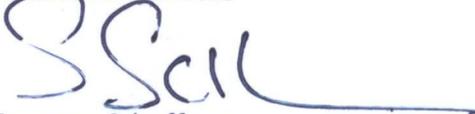
Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22.03.2019 haben Sie uns eingeladen, zum «Brexit: Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens» Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Meinungsäusserung und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Das Abkommen wird, mit der damit verbundenen weiteren Anwendung der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU für die Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich während einer Übergangsphase, begrüsst.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen bei der Weiterbehandlung des Geschäfts.

Freundliche Grüsse



Susanne Schaffner
Regierungsrätin

Regierungsrat des Kantons Schwyz



6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
elektronisch an: marie-claire.demont@sem.admin.ch

Schwyz, 14. Mai 2019

Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 22. März 2019 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, zur oben erwähnten Vernehmlassungsvorlage bis 29. Mai 2019 Stellung zu nehmen.

Der Kanton Schwyz verzichtet in der vorliegenden Angelegenheit auf die Einreichung einer Vernehmlassung.

Für die Einladung zur Stellungnahme danken wir Ihnen bestens und grüssen Sie freundlich.

Im Namen des Regierungsrates:

Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber



Kopie z.K. an:

- l.gobbo@kdk.ch;
- Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches Justiz-
und Polizeidepartement EJPD
Frau Karin Keller-Sutter
Bundesrätin
3003 Bern

Eidg. Justiz- und
Polizeidepartement

23. Mai 2019

No. _____

EINGANG GEVER SEM

2019 -05- 23

Frauenfeld, 21. Mai 2019

Brexit: Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Entwurf des Abkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens Stellung nehmen zu können. Aus unserer Sicht sind folgende Bemerkungen anzubringen:

Allgemeine Bemerkungen

Wir begrüssen die getroffenen Regelungen. Sie schaffen Rechts- und Planungssicherheit für die Betroffenen und ermöglichen auch künftig die reibungslose Umsetzung gesetzlicher Vorschriften wie beispielsweise des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland.



2/2

Bemerkungen zu einzelnen Artikeln

Art. 16

Trotz des in diesem Artikel festgehaltenen Grundsatzes der Einfachheit (vgl. Abs. 1 Bst. e) umfasst alleine das Abkommen 43 Seiten. Bei den Anpassungen der notwendigen Verordnungen muss deshalb darauf geachtet werden, dass diese klar und einfach umsetzbar bleiben.

Es muss zwingend mit automatisch erstellten Bemerkungstexten auf den bestehenden Ausländerausweisen gearbeitet werden können (vgl. Ziffer 2.2 des erläuternden Berichts). Jegliche Sonderbescheinigungen sind zu vermeiden. Dies gilt auch für die Kann-Bestimmungen, wonach der Aufnahmestaat einen neuen Antrag verlangen kann, um die Ansprüche aus dem Abkommen geltend zu machen. Dies sollte in der Schweiz mit einem bestehenden, gewöhnlichen Verlängerungs- oder Mutationsantrag für den bestehenden Ausländerausweis umgesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Die Präsidentin des Regierungsrates

Der Staatsschreiber

i.v.



2320

cl

0

15 maggio 2019

Repubblica e Cantone Ticino
Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 43 20
fax +41 91 814 44 35
e-mail can-sc@ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Dipartimento federale di giustizia e
polizia DFGP
3003 Berna

Invio per posta elettronica:
marie-claire.demont@sem.admin.ch;
l.gobbo@kdk.ch

Procedura di consultazione – concernente l'Accordo tra la Confederazione Svizzera e il Regno Unito di Gran Bretagna e Irlanda del Nord sui diritti dei cittadini in seguito al recesso del Regno Unito dall'Unione europea e dell'Accordo sulla libera circolazione delle persone

Egregio signor Consigliere federale,
gentili signore ed egregi signori,

ringraziandovi per averci consultato sugli accordi in oggetto formuliamo le seguenti osservazioni.

1. Considerazioni generali

Riteniamo che l'Accordo in parola con il Regno unito rappresenti una soluzione equilibrata e sostenibile per affrontare la situazione che si verrà a creare con l'uscita di detto Paese dall'Unione europea. L'Accordo permetterà di tutelare i cittadini e le aziende svizzere e inglesi dall'incertezza giuridica che potrebbe generarsi a seguito della cessazione dell'applicabilità dell'Accordo sulla libera circolazione delle persone (ALC) e garantirà a tutti i cittadini svizzeri e britannici, nonché ai loro familiari, il mantenimento dei diritti che hanno acquisito o che sono intenti ad acquisire in virtù dell'ALC in qualità di lavoratori dipendenti o indipendenti (frontalieri inclusi), di prestatori di servizio e di persone che non esercitano un'attività economica.

Per quanto concerne le proposte di adeguamento delle norme relative alla Legge federale sull'acquisto di fondi da parte di persone all'estero (LAFE), in particolare l'art. 5 cpv. 1 LAFE e l'art. 7 lett. k LAFE, esse sono accolte senza riserve. Il Consiglio di Stato coglie l'occasione per segnalare il suo auspicio affinché il testo dell'art. 5 LAFE venga al più presto rivisto da un punto di vista prettamente redazionale e non materiale. Le modifiche susseguitesesi negli anni infatti hanno portato ad avere un testo poco chiaro e fruibile, giacché soggetto e collegato a condizioni cumulative/alternative. Esso deve quindi essere strutturato in modo maggiormente snello e comprensibile.

2. Considerazioni sui singoli articoli

Ad art. 15

In merito al mantenimento e al cambiamento dello status acquisito in precedenza in virtù dell'ALC da parte dei cittadini britannici si osserva che per gli Uffici della migrazione potranno sorgere delle criticità per accertare la presenza dei relativi presupposti. Le citate Autorità, normalmente, rilevano l'eventuale cambio di status solo al momento del rinnovo dell'autorizzazione o in occasione di una sua modifica. Sarà pertanto necessario verificare a posteriori se le condizioni per la conservazione o la modifica del diritto acquisito siano ancora date o meno, svolgere un esame approfondito degli incarti nonché chiedere eventuale ulteriore documentazione all'utenza.

Ad art. 16 Paragrafi 4 e 5

Il Consiglio di Stato saluta positivamente il fatto che, al momento della cessazione dell'applicazione dell'ALC, i cittadini britannici non dovranno richiedere un nuovo permesso di soggiorno per beneficiare dei diritti precedentemente acquisiti qualora il loro permesso di soggiorno sia ancora in corso di validità. Con questa soluzione si limitano le procedure amministrative supplementari allo stretto necessario così da contenere l'onere a carico delle Autorità cantonali della migrazione. Ciò nonostante si osserva che nell'ambito del rinnovo o della modifica dei permessi riguardanti i cittadini inglesi che godono dell'Accordo, sarà necessario, per un certo periodo, applicare due procedure distinte. A favore dei lavoratori frontalieri si dovrà infatti continuare ad emettere permessi in formato cartaceo mentre per gli altri titoli di soggiorno si dovranno rilasciare permessi biometrici che dovranno essere completati con l'indicazione (a mano) "Secondo l'accordo CH-UK del 25 febbraio 2019". Da ciò ne deriva un maggior onere amministrativo a carico degli Uffici competenti e, soprattutto, si ritiene che tale soluzione sia poco confacente dal punto di vista formale. A tal proposito, ritenuta la proroga dell'eventuale uscita del Regno Unito dall'UE fino a fine ottobre 2019, si auspica che la Segreteria di Stato della migrazione (SEM) possa adattare nel frattempo il sistema d'informazione centrale sulla migrazione (SIMIC) onde evitare le correzioni manuali proposte.

Ad art. 17

Si esprime soddisfazione in merito a questo disposto che permette di distinguere per i beneficiari dell'Accordo, in caso di adozione di misure per comportamenti illeciti, tra l'applicazione della clausola dell'ordine pubblico di cui all'art. 5 Allegato I ALC e le norme del diritto interno. In effetti anche per coloro che beneficiano di un permesso di soggiorno in virtù dell'Accordo in oggetto sarà possibile chiedere sistematicamente il certificato penale ed applicare il diritto interno se gli illeciti saranno stati commessi dopo la fine dell'applicazione dell'ALC. Ciò comporterà indubbi vantaggi per il controllo del territorio e per la sicurezza interna del nostro Paese.

Ad art. 23 e 24

In ragione del cambiamento di status dei cittadini britannici, che da «cittadini dell'UE» diventano «cittadini di uno Stato terzo che mantengono i diritti di cui beneficiano in virtù dell'ALC», si rende necessaria la modifica di alcune leggi e ordinanze esistenti. Se non vi sarà accordo tra Regno Unito e Unione Europea entro il 30 ottobre 2019, da quel momento saranno effettive le modifiche alle varie ordinanze che interessano il Canton Ticino, specificatamente l'Ordinanza sull'ammissione, il soggiorno e l'attività lucrativa (OASA), l'Ordinanza sull'introduzione della libera circolazione delle persone (OLCP), l'Ordinanza sugli emolumenti della legge federale sugli stranieri (OE mol-LStrl) e l'Ordinanza sul sistema d'informazione centrale sulla migrazione (SIMIC). Se vi sarà un accordo, le modifiche saranno effettive al termine del periodo transitorio, che allo stato attuale scadrà il 31 dicembre 2020.

Per quanto concerne le assunzioni d'impiego fino a 90 giorni presso datori di lavoro CH o prestazioni di servizio di cittadini UK o imprese UK fino a 90 giorni, le conseguenze della *Brexit* saranno le seguenti.

A partire dal momento in cui le modifiche alle ordinanze saranno effettive i cittadini britannici non potranno più assumere un impiego presso un datore di lavoro svizzero tramite procedura di notifica, occorre in questo caso l'ottenimento di un permesso.

Per quanto riguarda invece le prestazioni di servizio di lavoratori distaccati e prestatori indipendenti (art. 23 par. 1 dell'Accordo CH-UK), saranno valide per 5 anni a partire dal 30 ottobre 2019 (in caso di "no deal") o dal 1° gennaio 2021 (in caso di "deal") solo le prestazioni di servizio avviate prima di tale data (contratti di prestazione conclusi tra prestatori di servizi e clienti svizzeri e britannici). Al termine del periodo di 5 anni il comitato misto deciderà se rinnovare i diritti acquisiti per ulteriori 5 anni (art. 23 par. 2).

I prestatori di servizi britannici continueranno pertanto a poter beneficiare della procedura di notifica online (art. 24) per annunciare le prestazioni di servizio fino a 90 giorni in Svizzera.

3. Modifica di atti normativi

Per quanto concerne le proposte di adeguamento delle norme relative alla Legge federale sull'acquisto di fondi da parte di persone all'estero (LAFE), in particolare l'art. 5 cpv. 1 LAFE e l'art. 7 lett. k LAFE, esse sono accolte senza riserve. Il Consiglio di Stato coglie l'occasione per segnalare il suo auspicio affinché il testo dell'art. 5 LAFE venga al più presto rivisto da un punto di vista prettamente redazionale e non materiale. Le modifiche susseguitesesi negli anni infatti hanno portato ad avere un testo poco chiaro e fruibile, giacché soggetto e collegato a condizioni cumulative/alternative. Esso deve quindi essere strutturato in modo maggiormente snello e comprensibile.

4. Conclusioni

Per quel che concerne le notifiche di cittadini e aziende britanniche il volume delle richieste per il Canton Ticino è piuttosto limitato, ne consegue quindi un impatto neutro sulle attività correnti. Mentre il passaggio ai permessi biometrici per i cittadini britannici beneficiari di questo Accordo comporterà degli oneri finanziari per i Cantoni, in particolare a seguito delle modifiche da apportare manualmente nel sistema d'informazione centrale sulla migrazione (SIMIC) e sul documento stesso (qualora la Segreteria di Stato della migrazione (SEM) non dovesse adattare per tempo il citato applicativo). A tutt'oggi non è dato sapere se questi costi potranno essere coperti con gli emolumenti massimi applicabili al momento del rilascio dei documenti. Si invita pertanto la SEM ad approfondire questo aspetto quantificando l'eventuale maggior onere a carico dei Cantoni e, se del caso, ad adeguare gli importi massimi degli emolumenti nella relativa Ordinanza.

Vogliano gradire, gentile signora Consigliera federale, gentili signore ed egregi signori, i nostri più cordiali saluti.

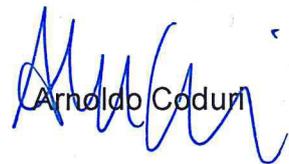
PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:



Christian Vitta

Il Cancelliere:



Arnoldo Coduri

Copia:

- Divisione economia (dfe-de@ti.ch);
- Ufficio della migrazione, signor Massimo Pelloni (di-sp.migrazione@ti.ch);
- Deputazione ticinese alle camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch);
- Pubblicazione in internet.

CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

EINGANG GEVER SEM

2019 -05- 27

Secrétariat d'Etat aux migrations SEM
Madame Marie-Claire Demont
Monsieur Peter von Wartburg
Quellenweg 6
3003 Berne-Wabern

Réf. : MFP/15025300

Lausanne, le 22 mai 2019

Accord entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord relatif aux droits des citoyens à la suite du retrait du Royaume-Uni de l'Union européenne et de la fin de l'applicabilité de l'accord sur la libre circulation des personnes – réponse à la procédure de consultation

Madame, Monsieur,

La consultation mentionnée en titre a retenu toute notre attention et notre intérêt, et nous vous remercions de nous avoir consultés.

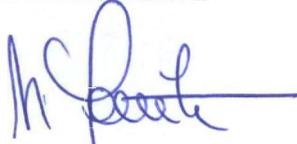
Nous saluons l'important travail réalisé pour cet accord entre le Royaume-Uni et la Suisse, ainsi que pour présenter celui-ci au Parlement. Nous nous réjouissons de la conclusion de cet accord et nous formulons tous nos vœux pour son approbation par les Parlements respectifs et pour son application future.

L'accord en lui-même et le rapport explicatif ne suscitent pas de remarques particulières de notre part. Cela étant, nous soulignons la nécessité de Directives claires et précises pour les autorités d'application.

En vous remerciant d'avance pour l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'expression de nos sentiments les meilleurs.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Nuria Gorrite

LE CHANCELIER



Vincent Grandjean

Copies

- OAE
- SPOP (Chef de service et Secteur juridique)

21. Mai 2019

Al.



2019.02079

EINGANG GEVER SEM

2019 -05- 21

Madame
Karine Keller-Sutter
Conseillère fédérale
Cheffe du Département fédéral de justice et
police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Références
Date

15 MAI 2019

Accord entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord relatif aux droits des citoyens à la suite du retrait du Royaume-Uni de l'Union européenne et de la fin de l'applicabilité de l'accord sur la libre circulation des personnes

Réponse à la consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat du canton du Valais vous remercie de l'avoir associé à la consultation citée en titre.

Le Royaume-Uni est un partenaire important de la Suisse avec lequel il est essentiel de maintenir des relations étroites, stables et prévisibles. La fin de l'applicabilité de l'ALCP entre la Suisse et le Royaume-Uni découlant du retrait de ce dernier de l'Union européenne oblige les deux pays à conclure un accord à même d'empêcher un vide juridique.

Le projet d'accord entre la Confédération suisse et le Royaume Uni de Grande-Bretagne, objet de la consultation, permet de protéger les droits acquis par les ressortissants suisses et britanniques en vertu de l'accord sur la libre circulation des personnes. Il est proche de l'ALCP et constitue en cela une approche pragmatique et appropriée conforme aux objectifs que s'est fixés le Conseil fédéral.

Le projet d'accord envisage l'avenir dans la sérénité et permet de poursuivre une collaboration avec le Royaume-Uni sur des bases claires. En matière de migration, les droits de séjour dans l'ensemble des cas possibles sont définis. Pour les autorités d'exécution cantonales, la plus grande difficulté consistera à distinguer clairement les personnes qui ont immigré en vertu des dispositions de l'accord sur la libre circulation et ceux qui auront immigré après le Brexit. L'accord maintient également les droits en matière d'acquisition d'immeubles par des personnes à l'étranger, de sorte que le statu quo sera conservé pour l'acquisition de biens immobiliers, notamment - ce qui est important pour notre canton - pour l'acquisition de logements de vacances par des citoyens du Royaume-Uni.



Le canton du Valais salue le pragmatisme dont ont fait preuve les négociateurs. Il soutient la proposition du Conseil fédéral, à savoir la ratification de l'accord avec le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord ainsi que la modification des deux lois fédérales proposées.

Veillez agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

Roberto Schmidt



Le chancelier

Philipp Spörri

Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bundeshaus West
3003 Bern

Zug, 14. Mai 2019 sa

Vernehmlassung betreffend das Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 22. März 2019 haben Sie die Kantonsregierungen im obgenannten Vernehmlassungsverfahren zur Stellungnahme eingeladen. Unsere Stellungnahme umfasst die Mitberichte der Volkswirtschaftsdirektion, der Direktion des Innern, der Gesundheitsdirektion, der Sicherheitsdirektion und des Obergerichts.

Vorbemerkungen

Das Vereinigte Königreich (UK) ist in wirtschaftlicher, politischer und migrationsbezogener Hinsicht ein wichtiger Partner, mit dem die Schweiz auch künftig enge, stabile und vorhersehbare Beziehungen pflegen möchte. Ende 2018 lebten rund 43 000 britische Staatsangehörige in der Schweiz. Im Jahr 2018 wurden 3504 Aufenthaltsbewilligungen (B) und 3744 Kurzaufenthaltsbewilligungen (L) an britische Staatsangehörige erteilt. Hinzu kommen 433 Grenzgängerbewilligungen sowie 6236 Meldungen im Hinblick auf eine Erwerbstätigkeit in der Schweiz während maximal drei Monaten pro Kalenderjahr (grenzüberschreitende Dienstleistungserbringung und Stellenantritt bei einem Unternehmen in der Schweiz). Umgekehrt leben zurzeit rund 34 500 Schweizer Staatsangehörige im Vereinigten Königreich. Aufgrund der am stärksten globalisierten Wirtschaft ist Zug diesbezüglich noch stärker betroffen. Personen aus UK belegen sehr oft Kaderpositionen und sind damit unverzichtbar für ansässige, internationale Unternehmen.

Das vorliegende Abkommen bezieht sich auf alle schweizerischen und britischen Staatsangehörigen sowie ihre Familienangehörigen, die unter dem Freizügigkeitsabkommen (FZA) Rechte erworben haben oder Anwartschaften geltend machen können. Neben der Personenfreizügigkeit sind auch die Koordination der Systeme der sozialen Sicherheit sowie die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen Thema des Abkommens. Im Bereich der Berufsbildung

besteht im Kanton Zug im Rahmen des Lernendenaustauschs Kontakt zu Grossbritannien. Wir gehen davon aus, dass mit dem neuen Abkommen dieser Austausch aufrechterhalten bleiben kann. Britische Staatsangehörige, welche keine Rechte gestützt auf das FZA erworben haben, und nach dem Wegfall des FZA in die Schweiz einreisen wollen, um sich hier aufzuhalten oder einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, werden nach den Grundsätzen des Ausländerrechts für Drittstaaten behandelt, wobei der Bundesrat schon entschieden hat, separate Kontingente zu schaffen.

Stellungnahme

In Anbetracht der politischen und verfahrenstechnischen Umstände unterstützen wir das Vorgehen des Bundesrats. Ebenso begrüssen wir aus arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischer Sicht den Inhalt des ausgehandelten Abkommens. Die «Mind the Gap»-Strategie des Bundesrats soll die Staatsangehörigen und Unternehmen beider Länder angesichts der Rechtsunsicherheit schützen, die mit dem Wegfall des FZA entsteht. Mit dem Abkommen über die erworbenen Rechte der Bürgerinnen und Bürger wird dieses Ziel erreicht, indem die unter dem FZA erworbenen Ansprüche und Anwartschaften geschützt werden. Damit stellt die Schweiz sicher, dass beim tatsächlichen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (EU) kein vertragsloser Zustand entsteht.

Insgesamt schafft das Abkommen Rechtssicherheit und ermöglicht den Staatsangehörigen und den Unternehmen beider Länder eine mittelfristige Planung. Die Herausforderung, dass zwei Gruppen von britischen Staatsangehörigen entstehen können, wurde vom Bund erkannt und wird in der Praxis zu lösen sein.

Anträge

Keine.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug



Stephan Schleiss
Landammann



Tobias Moser
Landschreiber



Eidg. Justiz- und
Polizeidepartement

21. Mai 2019

N^o. _____

 Kanton Zürich
Regierungsrat

EINGANG GEVER SEM

2019 -05- 21

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

15. Mai 2019 (RRB Nr. 472/2019)

Brexit: Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens (Vernehmlassung)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 22. März 2019 haben Sie uns das im Titel genannte Abkommen zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und teilen Ihnen mit, dass wir das Abkommen aus Gründen der Rechtssicherheit und der Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen zum Vereinigten Königreich unterstützen. Auf eine detaillierte Stellungnahme verzichten wir, doch möchten wir darauf hinweisen, dass die Unterscheidung der verschiedenen Kategorien britischer Staatsangehöriger beim Vollzug in den Einwohnerkontrollen der Gemeinden und in den Migrationsämtern eine Herausforderung darstellen wird, die auch finanziellen und personellen Aufwand verursacht. Sollte dieser Mehraufwand erheblich sein, wird er gegebenenfalls anteilmässig zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden aufzuteilen sein.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Die Staatsschreiberin:

Carmen Walker Späh

Dr. Kathrin Arioli



Eidgenössisches Polizei- und Justizdepartement
Staatssekretariat für Migration SEM

Bern, 20. Mai 2019/YB
VL Abkommen UK FZA

Per Mail an:

- marie-claire.demont@sem.admin.ch
- peter.von-wartburg@sem.admin.ch

Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreich aus der EU und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens (FZA)
Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung der oben genannten Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen begrüsst das Abkommen mit dem Vereinigten Königreich, das die erworbenen Rechte von Bürgerinnen und Bürgern beider Länder über den Wegfall des Freizügigkeitsabkommens hinaus garantiert, ausdrücklich.

Der Austritt Grossbritanniens aus der Europäischen Union wirkt sich in verschiedenen Bereichen auch auf die Schweiz aus. Gegenstand des vorliegenden Abkommens ist der Migrationsbereich. Dieser Bereich wurde bisher über das Freizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU geregelt. Mit dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU entfällt die Gesetzesgrundlage, auf der die Migration zwischen den beiden Ländern bisher fusste. Damit drohen Bürgerinnen und Bürger, die sich im jeweils anderen Staatsgebiet niedergelassen haben, ihre unter dem Freizügigkeitsabkommen erworbenen Rechte zu verlieren.

Aus diesem Grund ist vorliegendes Abkommen nötig. Das Abkommen schafft Rechtssicherheit, indem es die Rechte, die Bürgerinnen und Bürger beider Länder bisher im Rahmen des Freizügigkeitsabkommens erworben haben, absichert. Betroffen sind immerhin fast 35'000 Schweizer Bürgerinnen und Bürger, die in Grossbritannien leben und arbeiten. Umgekehrt leben und arbeiten derzeit rund 43'000 britische Staatsangehörige in der Schweiz. Das Abkommen verhindert, dass nach dem Austritt Grossbritanniens aus der EU ein vertragsloser Zustand in Bezug auf deren Aufenthalt entsteht.

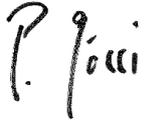
Das Vereinigte Königreich ist ein wichtiger politischer, wirtschaftlicher und auch wissenschaftlicher Partner der Schweiz. Ein vertragsloser Zustand würde vor allem auch die Wirtschaft treffen und bei den Schweizer Unternehmen, die Britinnen und Briten beschäftigen, Rechtsunsicherheit schaffen. Das gleiche gilt für den Hochschulbereich – immerhin verfügen die Schweiz und UK über bedeutendsten Bildungsinstitutionen Europas. Ein vertragsloser Zustand würde die enge Zusammenarbeit und den fruchtbaren, vielfältigen Austausch zwischen beiden Ländern beschädigen.

An dieser Stelle sei auch darauf hingewiesen, dass es nicht nur eine Regelung des Besitzstandes braucht, sondern auch eine Regelung für die Zeit nach dem Wegfall des FZA. Damit auch in Zukunft Staatsangehörige beider Länder unkompliziert im jeweils anderen Land eine Arbeit aufnehmen können, müssen entweder die Drittstaatenkontingente erhöht (so wie vom Bundesrat vorsorglich für den Fall eines ungeordneten Brexits geplant) oder ein neues Abkommen abgeschlossen werden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse
FDP.Die Liberalen

Die Präsidentin

Handwritten signature of Petra Gössi in black ink, featuring a large, stylized 'P' followed by 'Gössi'.

Petra Gössi
Nationalrätin

Der Generalsekretär

Handwritten signature of Samuel Lanz in black ink, consisting of several fluid, overlapping strokes.

Samuel Lanz



Eidg. Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Staatssekretariat für Migration SEM
3003 Bern
marie-claire.demont@sem.admin.ch und
peter.von-wartburg@sem.admin.ch

Bern, 29. Mai 2019

Stellungnahme zum Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreich aus der EU und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens (FZA)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen zum Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreich aus der EU und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens (FZA). Gerne nehmen wir dazu Stellung.

Zustimmung: Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP) stimmt der Genehmigung dieses Abkommens zu.

Worum es geht: Das Abkommen tritt allein in Kraft, falls das Freizügigkeitsabkommen (FZA) in Beziehung zum Vereinigten Königreich wegfällt, sei es, weil der Brexit ohne Übergangsregelung mit der EU erfolgt («no-deal») oder die getroffene Übergangsregelung («deal») nicht mehr anwendbar ist. Ziel des Abkommens ist es, die gestützt auf das FZA erworbenen Ansprüche von Einzelnen zu schützen. Betroffen sind rund 43 000 britische Staatsangehörige in der Schweiz und 34 500 Schweizer Staatsangehörige im Vereinigten Königreich. Das Abkommen stützt sich auf Artikel 23 FZA, wonach bei Wegfall des FZA erworbene Ansprüche von Einzelnen unberührt bleiben und die Vertragsparteien diese Ansprüche und Anwartschaften näher regeln können. Nicht anwendbar ist das Abkommen somit für jene, die erst nach Wegfall des FZA von der Schweiz ins Vereinigte Königreich oder von dort in die Schweiz emigrieren.

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

Theaterplatz 4
Postfach · 3001 Bern

Telefon 031 329 69 69
Telefax 031 329 69 70

info@spschweiz.ch

www.spschweiz.ch

Der Schutz der unter dem FZA erworbenen Rechte bezieht sich auf Aufenthaltsrechte; auf das Recht, erwerbstätig zu werden; auf das Recht auf Anerkennung von Berufsqualifikationen; auf das Recht auf Familiennachzug; auf das Recht zur Ein- und Ausreise; auf das Recht auf Daueraufenthalt nach Ablauf bestimmter Fristen; auf Rechte in Bezug auf den Erwerb von Grundstücken; Rechte betreffend Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit; sowie auf das Recht zur Erbringung von Dienstleistungen im Hoheitsgebiet der anderen Partei während 90 Arbeitstagen pro Kalenderjahr. Dieses letztere Recht geht über den Schutz erworbener Rechte hinaus und muss deshalb jeweils nach fünf Jahren bekräftigt (oder durch ein Dienstleistungsabkommen abgelöst) werden. Den unter das Abkommen fallenden Personen werden die darin vorgesehenen Rechte auf Lebenszeit eingeräumt. Das Abkommen steht günstigeren innerstaatlichen Bestimmungen nicht entgegen. Die SP unterstützt all diese Regelungen.

Flankierende Massnahmen: Die SP bedauert jedoch, dass das Abkommen im Abschnitt über die Erbringung von Dienstleistungen nicht explizit auf den in der Schweiz zu beachtenden Lohnschutz und den Schutz der Arbeitsbedingungen hinweist. Aus Gründen der Rechtssicherheit wäre es wünschbar gewesen, an dieser Stelle auf die Anwendbarkeit des „Bundesgesetzes über die flankierenden Massnahmen bei entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und über die Kontrolle der in Normalarbeitsverträgen vorgesehenen Mindestlöhne“ (Entsendegesetz; SR 823.20) und den weiteren zu beachtenden flankierenden Massnahmen hinzuweisen. Die kurzfristige Erbringung von grenzüberschreitenden Dienstleistungen und der Lohnschutz sind politisch und rechtlich siamesische Zwillinge, was explizit hätte verdeutlicht werden sollen. Die SP fordert, dass der Bundesrat in der Botschaft an das Parlament die Anwendbarkeit der flankierenden Massnahmen im Zusammenhang mit dem vorliegenden Abkommen noch klarstellt.

Dynamische Rechtsübernahme: Die SP begrüsst die in Artikel 28 vorgesehene Dynamisierung der EU Rechtsübernahme. Demnach verpflichten sich die Schweiz und das Vereinigte Königreich, über den Brexit hinaus die EU Rechtsentwicklung in bestimmten Bereichen als massgebend zu betrachten und unter Beachtung von Verfahrensvorschriften das Abkommen fortlaufend an entsprechende neue Rechtsakte der EU anzupassen.

Unionsbürgerrichtlinie: Mit Interesse nimmt die SP zur Kenntnis, dass das Vereinigte Königreich Schweizer Staatsangehörige bislang gleich wie Staatsangehörige der EU-Mitgliedstaaten behandelt. Schweizer Staatsangehörige profitieren damit vollumfänglich von den vorteilhaften Bestimmungen der Richtlinie 2004/38/EG über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen (Unionsbürgerrichtlinie; UBRL), sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen, dauerhaft aufzuhalten sowie im Bedarfsfall mit Sozialhilfe unterstützt zu werden. Die SP begrüsst, dass die Schweizer Staatsangehörigen im Vereinigten Königreich dank dem vorliegenden Abkommen über den Brexit hinaus von den Rechten der EU-Unionsbürgerrichtlinie werden profitieren können, und bedauert, dass die Schweiz den Bürgern und Bürgerinnen aus dem Vereinigten Königreich (und der EU/EFTA-Staaten in unserem Land die gleichen Rechte verweigert. Dass die Schweiz Rechte beansprucht und einfordert, die sie selber nicht gewährt, ist unwürdig.

Separates Kontingent von 3500 Einheiten: Die SP begrüsst den Entscheid des Bundesrates vom 13. Februar 2019, für erwerbstätige britische Staatsangehörige ein vorübergehendes separates Kontingent in der Höhe von insgesamt 3 500 Einheiten für den Zeitraum vom 30. März bis 31. Dezember 2019 zu schaffen und auch später nach Wegen zu suchen, um befristet von gewissen Zulassungsbedingungen des Ausländer- und Integrationsgesetzes abzuweichen. Freilich bedauert die SP, dass allein gegenüber dem Vereinigten Königreich zum Instrument der positiven Diskriminierung gegriffen wird und keine Rechtsgleichheit gegenüber anderen Nicht-EU-Staaten angestrebt wird.

Unterstellung unter das fakultative Referendum: Die SP teilt die Einschätzung des Bundesrates, dass das vorliegende Abkommen nicht als Vertrag von beschränkter Tragweite angesehen werden kann, deshalb vom Parlament genehmigt werden muss und auch dem fakultativen Referendum zu unterstellen ist.

Vollkasko-Mentalität führt zu unerwünschtem aussenpolitischem Signal: Aus europapolitischer Sicht ist anzumerken, dass das vorliegende Abkommen nicht nur positiv zu beurteilen ist. Die Schweiz verhilft damit den Brexeteers zu einem Erfolg im „Deal-Making“. Nur ganz wenige Staaten haben sich bisher dazu hergegeben, mit dem Vereinigten Königreich bilaterale Verträge auszuhandeln, weil dieses Land als Noch-EU-Mitgliedstaat nicht befugt ist, formelle Vertragsverhandlungen mit Drittstaaten zu führen. Die Kompetenz zum Abschluss von Aussenwirtschaftsverträgen und Niederlassungsverträgen liegt allein bei der EU. Die SP erwartet insofern grösstmögliche aussenpolitische Zurückhaltung betreffend dem vorliegenden Abkommen.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüssen

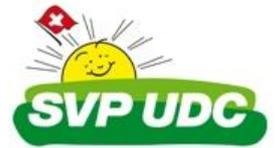
Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Christian Levrat
Präsident



Peter Hug
Politischer Fachsekretär



Eidg. Justiz und Polizeidepartement
(EJDP)
Bundeshaus West
3003 Bern

Elektronisch an:

marie-claire.demont@sem.admin.ch
peter.von-wartburg@sem.admin.ch

Bern, 20. Mai 2019

Brexit: Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens

Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen im Rahmen der rubrizierten Vernehmlassung Stellung zur Vorlage. Wir äussern uns dazu wie folgt:

Die SVP unterstützt grundsätzlich die im Rahmen der «Mind the Gap»-Strategie des Bundesrats eingeleiteten Schritte. Schweizer und Briten, welche aktuell von der Personenfreizügigkeit zwischen den beiden Ländern profitieren, sollen dies auch nach dem erfolgten Brexit tun können, solange die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU in Kraft bleibt.

Die Begrenzung der Zuwanderung ist für Grossbritannien sowie die Schweiz ein Kernthema. Für Grossbritannien steht als ausscheidendes EU-Mitglied im Zentrum, die Kontrolle im Bereich der Zuwanderung und der eigenen Grenzen wieder zu erlangen («take back control»), eine Stossrichtung, die das Schweizer Volk mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative vom 9. Februar 2014 ebenfalls fordert und noch heute auf dessen Umsetzung wartet.

Die SVP unterstützt grundsätzlich das Abkommen mit Grossbritannien, um die Personenfreizügigkeit bilateral, nach einem Ausscheiden Grossbritanniens aus der EU, temporär zu sichern und einen vertragslosen Zustand zu überbrücken. Dies gilt nur für diejenigen Personen, welche aktuell von der Personenfreizügigkeit profitieren. Das heisst, der betroffene Personenkreis wird mit dem aktuellen Abkommen nicht erweitert. Deshalb steht im Vordergrund, die Rechtssicherheit für die 34'500 Schweizer, die im Vereinigten Königreich leben, und den 43'000 britischen Staatsangehörigen, welche in der Schweiz leben, zu garantieren.

Das Abkommen ist zweckmässig ausgestattet und beide Staaten sichern sich auf Augenhöhe die gleichen Rechte und Verpflichtungen zu. Bei Streitigkeiten wird ein Gemischter Ausschuss einvernehmlich Lösungen suchen, die nationalen Gerichte beurteilen Klagen aus den jeweiligen Länder, wobei eine supranationale Gerichtsbarkeit nicht vorgesehen ist. Dabei ist der daraus resultierende Aufwand aus Schweizer Sicht, zum Beispiel die von den Vollzugsbehörden durchzuführende Unterscheidung der verschiedenen Kategorien von britischen Staatsangehörigen, die sich im Hoheitsgebiet der Schweiz aufhalten, und sich in ihren jeweiligen Rechten unterscheiden, vertretbar.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident



Albert Rösti
Nationalrat

Der Generalsekretär



Emanuel Waeber

Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Cheffe du Département fédéral de
justice et police
Palais fédéral
3003 Bern

Paudex, le 17 mai 2019
JDU

Consultation – Accord entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord relatif aux droits des citoyens à la suite du retrait du Royaume-Uni de l'Union européenne et de la fin de l'applicabilité de l'accord sur la libre circulation des personnes

Madame la Conseillère fédérale,

En date du 22 mars 2019, le Conseil fédéral a ouvert une procédure de consultation ayant pour objet le projet d'accord entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord relatif aux droits des citoyens à la suite du retrait du Royaume-Uni de l'Union européenne et de la fin de l'applicabilité de l'accord sur la libre circulation des personnes (ALCP). Un tel accord vise à protéger les ressortissants et les entreprises de la Suisse et du Royaume-Uni face à l'insécurité juridique découlant de la fin de l'applicabilité de l'ALCP. En bonne logique, il couvre toutes les catégories de ressortissants suisses, britanniques ainsi que les membres de leur famille qui ont acquis ou sont en train d'acquérir des droits en vertu de l'ALCP en tant que travailleurs salariés, indépendants, prestataires de services ou personnes n'exerçant pas d'activité lucrative. Il est à noter que l'accord ne s'applique pas aux ressortissants britanniques et suisses qui souhaitent entrer, séjourner ou exercer une activité lucrative sur le territoire de l'autre Etat après la fin de l'applicabilité de l'ALCP entre leurs Etats respectifs.

Le projet d'accord sur les droits acquis des citoyens s'inscrit dans la stratégie développée par le Conseil fédéral suite au résultat du référendum sur l'appartenance du Royaume-Uni à l'Union européenne (UE). L'objectif du gouvernement helvétique est de préserver les droits et obligations actuels. Dans la mesure où la plupart des relations entre la Suisse et le Royaume-Uni sont couvertes par les accords bilatéraux Suisse-UE, le Brexit entraîne bien évidemment pour la Suisse des conséquences que le projet d'accord s'efforce légitimement de limiter. L'accord sur les droits acquis des citoyens se fonde sur l'article 23 ALCP qui stipule que les droits acquis par les particuliers ne sont pas touchés en cas de non reconduction ou de dénonciation de l'ALCP et que les parties contractantes règlent d'un commun accord le sort des droits en cours d'acquisition.

Manifestement, le processus de sortie de l'UE du Royaume-Uni est loin d'être terminé. Actuellement, deux scénarios sont envisageables, à savoir un Brexit avec ou sans accord de retrait. En cas de conclusion d'un accord de retrait, le Royaume-Uni continuerait d'être considéré comme un pays membre de l'UE pendant une période transitoire de deux ans.

Dans ce cas précis, ce n'est qu'à la fin de la période transitoire que l'accord sur les droits acquis des citoyens serait amené à s'appliquer. Dans l'hypothèse d'un *no deal*, l'accord sur les droits acquis des citoyens entrerait par contre immédiatement en vigueur, puisque le Royaume-Uni ne pourrait plus être considéré comme membre de l'UE. Quoiqu'il en soit, l'incertitude est telle qu'il est de bon ton de disposer d'une solution, ceci dans l'intérêt des entreprises et des citoyens suisses.

L'accord sur les droits acquis des citoyens est juridiquement contraignant. De manière générale, il tend à préserver les droits acquis, qui reçoivent une acception restrictive. Le projet traite successivement des droits liés à la libre circulation des personnes (annexe I ALCP), de la coordination des systèmes de sécurité sociale (annexe II ALCP) et de la reconnaissance mutuelle des qualifications professionnelles (annexe III ALCP). Il introduit *de facto* deux catégories de ressortissants britanniques vivant en Suisse : ceux qui pourront se prévaloir du régime de l'ALCP et ceux qui auront immigré à la fin de l'applicabilité de l'ALCP. Si l'accord sur les droits acquis des citoyens entre en vigueur, il conviendra d'effectuer une distinction entre les deux groupes précités. Compte tenu du fait que les dispositions de l'accord sur les droits acquis des citoyens sont pour la plupart issues de l'ALCP, force est de constater qu'elles ne consacrent aucune singularité inacceptable pour la Suisse.

Au vu de ce qui précède, le Centre Patronal estime que le projet est de nature à répondre aux préoccupations des acteurs économiques quelle que soit l'issue du Brexit. L'intensité des liens économiques entre la Suisse et le Royaume-Uni justifie pleinement la stratégie de maintien du statut quo déployée par le Conseil fédéral.

* * *

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à cette prise de position, nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de notre haute considération.

Centre Patronal



Jimmy Dupuis

Frau Bundesrätin
Karin Keller-Sutter
Eidg. Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

16. Mai 2019

Vernehmlassung zum Abkommen der Schweiz mit dem Vereinigten Königreich über die erworbenen Rechte der Bürgerinnen und Bürger im Brexit-Kontext – Position der Wirtschaft

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sie haben uns eingeladen, im Rahmen der Vernehmlassung betreffend obigen Staatsvertrag mit dem Vereinigten Königreich Stellung zu nehmen. Besten Dank für diese Möglichkeit. economie suisse hat ihre Mitglieder konsultiert und verweist gleichzeitig auf die Stellungnahme des in diesem Thema federführenden Schweizer Arbeitgeberverbands.

Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU erfolgt eine weitreichende Zäsur in der europäischen Integration, welche auch auf die Schweiz und ihre äusserst engen Wirtschaftsbeziehungen zu Grossbritannien weitreichende Auswirkungen hat. Angesichts des weiterhin nicht auszuschliessenden unregelmässigen Brexits und der tiefen politischen Krise im Vereinigten Königreich sind die Arbeiten der Bundesverwaltung im Rahmen der «mind-the-gap»-Strategie des Bundesrates explizit zu würdigen. Aus Sicht der Schweizer Wirtschaft ist die nun ausgehandelte Auffanglösung mit einem unserer wichtigsten Handelspartner in der Form von fünf Abkommen von grosser Bedeutung und erfreulich. Sie schafft für hiesige Unternehmen im Falle eines no-Deals zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich ein Mass an Kontinuität und Rechtsicherheit, über das etwa die EU-Mitgliedstaaten in ihren Beziehungen zum Vereinigten Königreich derzeit (noch) nicht verfügen.

In diesem Zusammenhang ist auch der Abschluss des hier vernehmlasseten Abkommens über die erworbenen Rechte der Bürgerinnen und Bürger als aussenwirtschaftlicher Verhandlungserfolg zu werten. economie suisse begrüsst den Staatsvertrag und den engen Einbezug der Wirtschaft in die «mind-the-gap»-Arbeiten der Bundesverwaltung.

Rechtssicherheit und Kontinuität für Unternehmen, Personen und Dienstleistungen

Dass Schweizer Unternehmen auch im Falle eines no-Deals EU-UK weiterhin mit den bestehenden Arbeitskräften (inkl. Familiennachzug) und Dienstleistungsvereinbarungen arbeiten können, analog wie heute mit den Regeln des bestehenden FZA CH-EU, ist angesichts der weiterhin anhaltenden Unsicherheiten im Brexit-Kontext von grosser Bedeutung. Dasselbe gilt auch für die Koordination der Sozialsysteme und die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen. Die vertragliche Regelung ist nicht nur für klassische Dienstleistungsunternehmen (z.B. Banken, Versicherung, Beratung, IT), sondern auch für Industriebetriebe relevant: Firmen der Pharma-, Chemie-, Textil-, Medtech- oder Maschinenindustrie sind ebenso auf bestens qualifizierte Fachkräfte aus dem Vereinigten Königreich angewiesen. Zudem sind auch dort Dienstleistungen im Zuge der «Servicification» internationaler Wertschöpfungsketten immer öfter wichtiger Bestandteil der Angebotspalette.

In diesen Zusammenhang ist für die Wirtschaft wichtig, dass der fünfjährige Zeitraum für die Erbringung von Dienstleistungen auf Basis bestehender Verträge (vgl. Art. 23 Abs. 1 und 2 des vernehmlasssten Abkommens) durch den Gemischten Ausschuss zwingend verlängert wird: Unternehmen benötigen auch hier die Rechtssicherheit, vor dem Stichtag abgeschlossene Dienstleistungsverträge vollständig erfüllen zu können.

Noch fehlt eine angemessene zukunftsgerichtete Vertragslösung

Nicht Teil des vorliegenden Abkommens, aber nicht minder bedeutsam, ist ferner eine zukunftsgerichtete Vertragslösung. Die vom Bundesrat beschlossene VZAE-Revision schafft ein zusätzliches Kontingent von 3'500 Plätzen für britische Staatsangehörige und sieht auch ein vereinfachtes Zulassungsverfahren vor. Die Wirtschaft wertet auch diese Massnahme der Bundesverwaltung kurz- bis mittelfristig positiv. Sie stellt aber fest, dass eine solche befristete Lösung keinen gleichwertigen Ersatz zum FZA-basierten Migrationsregime darstellt. Problematisch ist einerseits die zeitliche Befristung der Regelung und andererseits die Tatsache, dass auch trotz zusätzlicher Kontingente für britische Staatsangehörige der Zugriff auf qualifizierte Fachkräfte im Vergleich zum Status Quo erschwert wird. Die Wirtschaft wünscht sich stattdessen eine bilaterale Lösung, welche die Vorteile des aktuellen Migrationsregimes (FZA) sicherstellt und deren Errungenschaften langfristig erhält.

Als Herausforderung betrachten wir schliesslich die Tatsache, dass Unternehmen angesichts der anhaltenden Unsicherheiten im Brexit-Prozess weiterhin verschiedene Szenarien im Auge behalten müssen: Entsprechend bleiben die Information und der enge Einbezug der Wirtschaft weiterhin wichtig.

Im Übrigen verweisen wir wie erwähnt auf die Stellungnahme des in diesem Thema federführenden Schweizer Arbeitgeberverbands. Wir danken Ihnen für die Aufmerksamkeit, die Sie unseren Bemerkungen entgegenbringen und bitten Sie, unsere Anliegen zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse



Dr. Jan Atteslander
Mitglied der Geschäftsleitung



Mario Ramò
Stv. Leiter Aussenwirtschaft



Département fédéral de Justice et Police

marie-claire.demont@sem.admin.ch
peter.von-wartburg@sem.admin.ch

A l'att. de Madame Karin Keller-Sutter
Conseillère fédérale

Genève, le 24 mai 2019
3414/KE - FER N°23-2019

Accord entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord relatif aux droits des citoyens à la suite du retrait du Royaume-Uni de l'Union européenne et de la fin de l'applicabilité de l'accord sur la libre circulation des personnes (ALCP)

Madame la Conseillère fédérale,

La Fédération des Entreprises Romandes (FER) a pris connaissance avec intérêt de la consultation mentionnée ci-dessus et vous fait part de sa prise de position.

Le Royaume-Uni est un partenaire politique et économique très important pour la Suisse. Comme les relations entre les deux pays se basent essentiellement sur les accords bilatéraux conclus avec l'Union européenne, le Conseil fédéral a pris les devants avec sa stratégie «Mind the gap» face à la sortie annoncée de son partenaire de l'Union européenne. Dans ce contexte, la Suisse a notamment signé avec le Royaume-Uni cet accord en consultation permettant de maintenir les droits acquis de la libre circulation des personnes en vue de la fin de l'applicabilité de l'ALCP entre les deux Etats.

Nous soutenons pleinement l'objectif du Conseil fédéral de préserver autant que possible les droits et obligations actuels qui lient la Suisse au Royaume-Uni et d'étendre ces relations dans certains domaines. Nous ne pouvons que saluer la réactivité du Conseil fédéral qui a agi rapidement pour éviter, dans la mesure du possible, les dommages résultants de cette situation exceptionnelle. L'accord entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni protège les personnes ayant acquis ou en train d'acquérir des droits sur la base de l'ALCP avant la fin de son applicabilité. Cette situation permet d'assurer une sécurité juridique pour des dizaines de milliers de citoyens suisses et britanniques. Dès lors, nous apportons notre plein soutien à cet accord.

Les démarches effectuées pour maintenir les relations en matière migratoire soulignent l'importance fondamentale de répondre aux besoins des entreprises suisses confrontées à une pénurie de

personnel qualifié et la nécessité de maintenir un marché du travail ouvert. Il conviendra ainsi à l'avenir de répondre aux attentes en termes de recrutement de travailleurs qualifiés britanniques.

Sur un plan plus général, la situation avec le Royaume-Uni et la nécessité de maintenir des relations étroites en matière migratoire permettent aussi de souligner l'importance de la libre circulation des personnes. Fréquemment remise en question par certains groupements, la libre circulation reste pourtant le dispositif le plus adéquat pour répondre aux besoins des entreprises suisses par le biais d'une immigration en provenance des pays européens complémentaire à la main d'œuvre locale.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'expression de notre haute considération.



Blaise Matthey
Secrétaire général



Catherine Lance Pasquier
Directrice adjointe
Politique générale - FER Genève

La Fédération des Entreprises Romandes en bref

Fondée le 30 juillet 1947 à Morat, son siège est à Genève. Elle réunit six associations patronales interprofessionnelles cantonales (GE, FR, NE, JU, VS), représentant la quasi-totalité des cantons romands. La FER comprend plus de 45'000 membres.

Staatssekretariat für Migration SEM
Marie-Claire Demont / Peter von Wartburg
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

E-Mail an: marie-claire.demont@sem.admin.ch; peter.von-wartburg@sem.admin.ch

Zürich, 23. Mai 2019

Stellungnahme zur Vernehmlassung «Brexit: Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens»

Sehr geehrte Damen und Herren

GastroSuisse, der grösste gastgewerbliche Arbeitgeberverband für Hotellerie und Restauration mit rund 20'000 Mitgliedern (Hotels, Restaurants, Cafés, Bars etc.) in allen Landesgegenden, organisiert in 26 Kantonalsektionen und vier Fachgruppen, nimmt im Vernehmlassungsverfahren zum Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Brexits und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens gerne wie folgt Stellung:

I. Haltung von GastroSuisse

GastroSuisse befürwortet das Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge eines Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens.

II. Begründung

Ohne bilaterale Lösung wäre die Schweizer Hotellerie und Restauration im Falle eines ungerichteten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union unmittelbar vom Wegfall des Freizügigkeitsabkommens betroffen. Das Vereinigte Königreich gehört schliesslich zu den sechs wichtigsten Handelspartnern der Schweiz. Das gilt auch für den Tourismus. Im Jahr 2018 gingen 7.7 Prozent der Logiernächte in der Schweiz auf britische Gäste zurück. Demnach bilden britische Gäste die drittgrösste ausländische Touristengruppe. GastroSuisse begrüsst, dass die Ein- und Ausreise von Bürgerinnen und Bürgern aus dem Vereinigten Königreich geregelt wird, und grundsätzlich kein Ein- oder Ausreisevisum notwendig sein wird.

Ausserdem bleibt das Gastgewerbe trotz breit abgestützter Massnahmen zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Insgesamt stammen 43.8 % der gastgewerblichen Mitarbeitenden aus dem Ausland. Diese Quote hat sich in den letzten 15 Jahren kaum verändert. Dabei kommen mehr als zwei Drittel der ausländischen Mitarbeitenden im Gastgewerbe aus EU-Staaten. GastroSuisse befürwortet, dass das Abkommen den Status quo im Bereich der Freizügigkeit beibehält.

Es wahrt die FZA-Rechte von Schweizerinnen und Schweizern im Vereinigten Königreich und von britischen Staatsangehörigen in der Schweiz auch nach einem unregelmten Austritt Grossbritanniens aus der Europäischen Union.

Das Abkommen schafft Rechts- und Planungssicherheit und ermöglicht darüber hinaus eine Vertiefung der bilateralen Beziehungen zwischen Grossbritannien und der Schweiz. Eine offene Aussenwirtschaft und gute bilaterale Beziehungen zu unseren Handelspartnern sind wichtige wirtschaftliche Voraussetzungen.

Aus diesen Gründen befürwortet GastroSuisse das vorliegende Abkommen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Abkommen Stellung nehmen zu dürfen, und die Berücksichtigung der Haltung von GastroSuisse.

Freundliche Grüsse

GastroSuisse



Casimir Platzer
Präsident



Daniel Borner
Direktor

Staatssekretariat für Migration SEM
CH-3003 Bern

per Mail an marie-claire.demont@sem.admin.ch und
peter.von-wartburg@sem.admin.ch

Basel, 24. Mai 2019 ph

Stellungnahme der Handelskammer beider Basel zum Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreich aus der EU und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreich aus der EU und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens Stellung nehmen zu können.

Im Anhang senden wir Ihnen unsere Stellungnahme, mit der Bitte, unsere Überlegungen bei den zukünftigen Arbeiten zu berücksichtigen. Für zusätzliche Fragen im Zusammenhang mit unseren Darstellungen stehen wir Ihnen selbstverständlich jederzeit zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Handelskammer beider Basel



Martin Dätwyler
Direktor



Andreas Meier
Abteilungsleiter Mitglieder & Netzwerk

Martin Dätwyler
Direktor

T +41 61 270 60 81
F +41 61 270 60 65

m.daetwyler@hkbb.ch

Handelskammer beider Basel

St. Jakobs-Strasse 25
Postfach
CH-4010 Basel

T +41 61 270 60 60
F +41 61 270 60 05

www.hkbb.ch

Stellungnahme

Basel, 24.05.2019 ph

Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreich aus der EU und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens

Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union verändert sich die Ausgangslage für die Schweiz als wichtigen Handelspartner. Die Handelskammer beider Basel unterstützt das vom Bundesrat vorgelegte Abkommen und die kommunizierte «Mind the Gap»-Strategie, die für Unternehmen und Angestellte Rechtssicherheit schaffen. Gleichzeitig fordert die Handelskammer langfristig eine Lösung, die keine Verschlechterung gegenüber der heutigen Situation darstellt.

Ausgangslage

Mit dem bevorstehenden Austritt des Vereinigten Königreichs (UK) aus der EU fallen auch die wichtigen bilateralen Verträge, die zwischen der Schweiz und der EU bestehen, mit UK weg. Das Abkommen, das der Bundesrat nun in die Vernehmlassung gegeben hat, sichert auf Basis des bestehenden Freizügigkeitsabkommens den freien Personenverkehr zwischen der Schweiz und UK für die Phase nach dem Austritt aus der EU. Weiter definierte der Bundesrat seine «Mind the Gap»-Strategie, mittels dieser die bilateralen Abkommen Schweiz-EU ab dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU bis Ende 2020 weiterhin auch für die Beziehungen Schweiz-UK gelten würden.

Anliegen

Die Handelskammer beider Basel begrüsst den Staatsvertrag sowie die dargelegte «Mind the Gap»-Strategie des Bundesrates ausdrücklich. Die Rechtssicherheit, die das Abkommen im Falle eines No-Deal-Brexits bringt, ist für den Wirtschaftsstandort Nordwestschweiz aufgrund seiner Abhängigkeit von ausländischen Fachkräften zentral. Es ist von grosser Bedeutung, dass die Schweiz – und damit die Schweizer Unternehmen – weiterhin mit den gleichen Arbeitskräften und Dienstleistungsvereinbarungen arbeiten können.

Handelskammer beider Basel

St. Jakobs-Strasse 25
Postfach
CH-4010 Basel

T +41 61 270 60 60
F +41 61 270 60 05

www.hkbb.ch

Das vorliegende Abkommen beinhaltet jedoch keine Vertragslösung, die das aktuelle Zulassungsverfahren für britische Staatsangehörige zukünftig sichert. Die Revision der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE) schafft ein zusätzliches Kontingent von 3'500 Plätzen für britische Staatsangehörige und beinhaltet auch ein vereinfachtes Zulassungsverfahren, das kurz- und mittelfristig einen gangbaren Weg darstellt. Langfristig stellt diese Lösung für Schweizer Unternehmen jedoch eine klare Verschlechterung gegenüber der aktuellen Situation dar. Die Wirtschaft fordert in dieser Thematik eine Lösung, die die Vorteile der geltenden Personenfreizügigkeit sicherstellt und deren Errungenschaften auch langfristig sichert.

Zudem stellt die aktuelle Unsicherheit für die Wirtschaft eine schwierige Situation dar, denn je nach Szenario im Brexit-Prozess sind verschiedene Lösungen für die Handelsbeziehungen Schweiz-UK denkbar. Daher ist es wichtig, dass der Bundesrat weiterhin regelmässig und detailliert informiert und die Wirtschaft in die verschiedenen Lösungsfindungen einbezieht.

Fazit

Die Handelskammer beider Basel unterstützt das vorliegende Abkommen und sieht dieses kurz- und mittelfristig als richtigen Weg an. Langfristig fordert sie jedoch eine Lösung, die die Errungenschaften der heute geltenden Personenfreizügigkeit beibehält. Der freie Personenverkehr ist für die regionale Wirtschaft zentral. Die Handelskammer beider Basel hofft deshalb, dass der Bundesrat zur Sicherung dieses Weges auch mit der EU bald eine Lösung findet.

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
3003 Bern

Per Mail an:

marie-claire.demont@sem.admin.ch und
peter.von-wartburg@sem.admin.ch

Zürich, 27. Mai 2019 DL/sm
luetzelschwab@arbeitgeber.ch

Brexit: Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 22. März 2019 und danken Ihnen für die Gelegenheit, zum «Brexit: Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens» Stellung nehmen zu können.

Der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) ist seit 1908 die Stimme der Arbeitgeber in Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit. Er vereint als Spitzenverband der Schweizer Wirtschaft rund 90 regionale und branchenspezifische Arbeitgeberorganisationen sowie einige Einzelunternehmen. Insgesamt vertritt er über 100'000 Klein-, Mittel- und Grossunternehmen mit knapp 2 Millionen Arbeitnehmenden aus allen Wirtschaftssektoren. Der SAV setzt sich für eine starke Wirtschaft und den Wohlstand der Schweiz ein. Er verfügt dabei über anerkanntes Expertenwissen insbesondere in den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung und Sozialpolitik.

Die Position des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes (SAV):

- **Der Schweizerische Arbeitgeberverband begrüsst die rasche Genehmigung dieses Abkommens.**
- **Der SAV befürwortet mit Nachdruck, dass mit einem hürdenfreien Marktzugang und der Beibehaltung der heutigen Vorteile aus dem FZA die enge wirtschaftliche und soziale Bindung zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich weitergeführt werden soll.**
- **Der SAV erwartet, dass im Falle des Wegfalls des FZA, für die Erbringung von Dienstleistungen in der Schweiz wie auch in Grossbritannien keine zusätzlichen administrativen Hürden aufgebaut werden.**

1. Ausgangslage

Das vorliegende Abkommen ist im Kontext der «Mind the Gap»-Strategie zu sehen, welche darauf abzielt, nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU sicherzustellen, dass die gegenwärtigen Beziehungen Schweiz-Vereinigtes Königreich soweit als möglich bewahrt oder allenfalls in gewissen Bereichen sogar ausgebaut werden. **Damit will das Abkommen insbesondere auch Rechtssicherheit für die betroffenen Personen bzw. ihre Unternehmen schaffen, was wir ausdrücklich begrüssen.**

Der Brexit bereitet vielen unserer Mitglieder und ihren angeschlossenen Unternehmen grosse Sorgen, da die Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich derzeit weitgehend durch die bilateralen Abkommen Schweiz-EU geregelt werden. **Der SAV befürwortet deshalb mit Nachdruck, dass mit einem hürdenfreien Marktzugang und der Beibehaltung der heutigen Vorteile aus dem FZA die enge wirtschaftliche und soziale Bindung weitergeführt werden soll.** Insbesondere sollen Schweizer Bürger, die bereits im Vereinigten Königreich arbeiten, dies unter den gleichen Bedingungen weiter tun können.

Das Abkommen sichert verbindlich die Rechte der schweizerischen und britischen Staatsangehörigen sowie ihrer Familienangehörigen, die sie als Arbeitnehmer (einschliesslich Grenzgänger), als Selbständige (einschliesslich Grenzgänger), als Dienstleistungserbringer oder als nicht erwerbstätige Personen unter dem FZA erworben haben oder dabei sind zu erwerben. **Entsprechend erachten wir das Abkommen als sehr positiv und befürworten seine rasche Genehmigung durch die Bundesversammlung.**

Dieses Abkommen ist jedoch nicht anwendbar auf schweizerische und britische Staatsangehörige, die nach dem Wegfall des FZA zwischen den beiden Staaten in den jeweils anderen Staat einreisen bzw. dort eine Erwerbstätigkeit aufnehmen werden. Unsere Mitglieder weisen uns deshalb darauf hin, dass es für sie wichtig sein wird, dass im Rahmen der Umsetzung des Abkommens einfach und klar ersichtlich wird, wer unter dieses Abkommen fällt und wer nicht. Gesamthaft ist man sich aber bewusst, dass das Verfahren komplizierter wird, weil die britischen Bürger zukünftig in zwei unterschiedlich handzuhabende Populationen eingeteilt werden müssen: Solche mit «Besitzstandswahrung» und solche, die als «Drittstaatenbürger» zu behandeln sind: Dies wird auf der prozessualen und operativen betrieblichen Seite für mehr Komplexität und Zusatzaufwand sorgen. Diese Zunahme an Komplexität wird aber in Kauf genommen, weil man anerkennt, dass das Abkommen überwiegend Vorteile bringt.

In diesem Zusammenhang verweisen wir aber auch auf unsere abschliessenden Bemerkungen am Schluss unserer Stellungnahme.

2. Bemerkungen zu einzelnen Bestimmungen des Abkommens:

Art. 16 Abs. 1 Bst. o

Bevor eine neue Kurzaufenthalts-, Aufenthalts- oder Grenzgänger-Bewilligung ausgestellt wird, kann die zuständige Behörde neu von Antragsstellenden systematisch einen Strafregisterauszug verlangen. Diese zum FZA restriktivere Bestimmung darf nicht dazu führen, dass in der Praxis eine wortwörtliche Umsetzung dieser Regelung erfolgt und systematisch ein Strafregisterauszug verlangt wird. Dies

würde den administrativen Aufwand bei Gesuchen um Aufenthaltsbewilligungen (insb. bei den Dienstleistungserbringern) unnötig und schikanös für die Unternehmen verlängern.

Art. 23 Rechte der Dienstleistungserbringer

Swissmem weist darauf hin, dass nach dem Wegfall des FZA begonnene personenbezogene Dienstleistungserbringungen nicht mehr auf den präferenziellen Marktzugang gemäss FZA (bis 90 Tage pro Kalenderjahr) gestützt werden können, weil sie neu in den Anwendungsbereich des Allgemeinen Abkommens über den Handel von Dienstleistungen (GATS) der WTO fallen. Entsprechend wird gefordert, dass in der Praxis und in der Umsetzung der GATS-Bestimmungen für britische Dienstleistungserbringer in der Schweiz wie auch für Schweizer Dienstleistungserbringer in Grossbritannien der entsprechende Handlungsspielraum ausgenutzt wird und im Vergleich zum FZA keine zusätzlichen Hürden aufgebaut werden.

Art. 24 Ausstellung eines Dokuments über die Rechte von Dienstleistungsbringern

Britische Dienstleistungserbringer werden auch im Rahmen dieses Abkommens das online-Meldeverfahren verwenden können. Es gilt im Gegenzug in der Praxis zu gewährleisten, dass auch Schweizer Dienstleistungsbringer, welche in Grossbritannien Dienstleistungen erbringen, ein einfaches und rasches Meldeverfahren zur Verfügung gestellt wird.

Unklarheit besteht aber seitens der Banken bezüglich der Regelung für die Business Travelers eines internationalen Grosskonzerns. Bleibt die «Besitzstandswahrung» und somit das Meldeverfahren weiterhin möglich? Gibt es Auswirkungen für die 8-Tage-Regelung und insbesondere die Anwendung derselben pro Unternehmen?

Art. 25 ff. Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit

Insbesondere Swissmem weist auf die Bedeutung der Koordination der Systeme der sozialen Sicherheit hin und fordert, allfällige nun noch offene Fragen in diesem Bereich ebenfalls umgehend noch zu klären. Für Unternehmen, welche Mitarbeitende entsenden, ist es wichtig, dass die Koordination der Sozialversicherungssysteme auch weiterhin auf dem heutigen Standard sichergestellt wird. Wir fordern deshalb mit Nachdruck, dass die Schweiz die Verhandlungsbereitschaft Grossbritanniens nutzt, um auch in dieser Frage – soweit noch offen – ebenfalls rasch die definitive Klärung zu erreichen.

3. Abschliessende Bemerkungen

Abschliessend erlauben Sie uns einige zusätzliche Überlegungen zum allfälligen Wegfall des FZA aufgrund des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU.

Mit diesem bilateralen Abkommen werden die bereits erworbenen Rechte der schweizerischen und britischen Staatsangehörigen bei einem Wegfall des FZA gewährleistet. Zusätzlich hat der Bundesrat mit Entscheid vom 13. Februar 2019 im Sinne einer Übergangslösung ein separates Kontingent an Arbeits- und Aufenthaltsbewilligungen für neueinreisende britische Staatsangehörige festgelegt, weil sie bei einer Einreise nach Inkrafttreten dieses Abkommens grundsätzlich als «Drittstaatenbürger» gelten. Entsprechend wichtig ist es, dass die laufenden Gespräche über ein allfälliges bilaterales Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich, das es erlauben würde, befristet

von gewissen Zulassungsbedingungen des Ausländer- und Integrationsgesetzes abzuweichen, trotz der Übergangsfrist zügig und mit Nachdruck vorangetrieben werden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Aufmerksamkeit, welche Sie unseren Bemerkungen entgegenbringen und bitten Sie, unsere Anträge zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND



Prof. Dr. Roland A. Müller
Direktor



Daniella Lützelschwab
Mitglied der Geschäftsleitung

Bundesamt für Justiz
Sekretariat für Migration
Quellenweg 6
3003 Bern

E-mail:

Marie-claire.demont@sem.admin.ch

Peter.von-wartburg@sem.admin.ch

Bern, 29. Mai 2019

Brexit: Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Abkommen der Schweiz und des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Nordirland über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger im Fall eines ungeordneten Brexits Stellung nehmen zu können.

Das vorgelegte Abkommen übernimmt weitgehend das bisherige Freizügigkeitsabkommen für britische und Schweizer Staatsangehörige, die ihre gegenseitigen Rechte vor dem allfälligen Wegfall desselben erworben haben. Das Abkommen ist jedoch nicht anwendbar für Bürgerinnen und Bürger der beiden Länder, die zu einem späteren Zeitpunkt in das jeweils andere Land einreisen, sich dort aufhalten oder dort erwerbstätig sein wollen. Dafür hat der Bundesrat ein vorübergehendes separates Kontingent geschaffen. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB bedauert zwar, dass die Möglichkeit eines ungeordneten Brexits zu diesem Vorgehen zwingt, er begrüsst jedoch, dass das Abkommen die bisher erworbenen gegenseitigen Rechte der Schweizer und Britischen Staatsangehörigen möglichst bewahren will und kann dem Abkommen somit zustimmen. Aus gewerkschaftlicher Sicht positiv zu vermerken sind insbesondere das vorgesehene Diskriminierungsverbot (Art. 19, Abs. 1), die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit (Art. 25 – 28) sowie die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen (Art. 29 – 33).

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Pierre-Yves Maillard
Präsident



Regula Bühlmann
Zentralsekretärin

Monbijoustrasse 61, 3007 Bern, www.sgb.ch
031 377 01 01, Fax 031 377 01 02, info@sgb.ch

123 RB/sise

Staatssekretariat für Migration SEM
Frau Marie-Claire Demont
Herr Peter von Wartburg
Bundesrain 20
3003 Bern Wabern

marie-claire.demont@sem.admin.ch
peter.von-wartburg@sem.admin.ch

Bern, 27. Mai 2019 sgv-KI/ds

Vernehmlassung: Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens

Sehr geehrte Frau Demont
Sehr geehrter Herr von Wartburg

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgV über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Mit Schreiben vom 22. März 2019 lädt das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement ein, zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens Stellung zu nehmen. Der Schweizerische Gewerbeverband sgV dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU am 29. März 2019 oder nach Beendigung der Übergangsphase werden die bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) mit Bezug auf das Vereinigte Königreich nicht mehr anwendbar sein. Sie sind durch neue Rechtsgrundlagen zu ersetzen. Im Migrationsbereich betrifft dies das Abkommen zwischen der Schweiz einerseits und der EU und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit. Das vorliegende Abkommen soll die Staatsangehörigen und Unternehmen beider Länder angesichts der Rechtsunsicherheit, die mit dem Wegfall des FZA entsteht, schützen. Es bezieht sich auf alle schweizerischen und britischen Staatsangehörigen sowie ihre Familienangehörigen, die als Arbeitnehmende (einschliesslich Grenzgängerinnen und Grenzgänger), als Selbstständige (einschliesslich Grenzgängerinnen und Grenzgänger), als Dienstleistungserbringende oder als nicht erwerbstätige Personen Rechte unter dem FZA erworben haben oder Anwartschaften geltend machen können.

Der Schweizerische Gewerbeverband sgV unterstützt das Abkommen.

Grossbritannien ist für die Schweiz ein wichtiger Handelspartner. Stabile und abschätzbare Beziehungen zwischen den beiden Ländern sind für die Zukunft wichtig. Aus Gründen der Rechtssicherheit und der Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen unterstützt der sgV das Abkommen.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gewerbeverband sgV



Hans-Ulrich Bigler
Direktor, Nationalrat



Dieter Kläy
Ressortleiter



Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

Per Mail: marie-claire.demont@sem.admin.ch
und peter.von-wartburg@sem.admin.ch

Bern, 23. Mai 2019

Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreich aus der EU und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens (FZA)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit, zum Brexit-Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich Stellung nehmen zu können. Der Schweizerische Städteverband vertritt die Städte, städtischen Gemeinden und Agglomerationen in der Schweiz und damit gut drei Viertel der Schweizer Bevölkerung.

Das Vereinigte Königreich (UK) ist wirtschaftlich und politisch ein wichtiger Partner der Schweiz. Es ist daher sinnvoll, die bestehenden Beziehungen für den Zeitpunkt des Austritts aus der EU (Brexit) und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens (FZA) auf eine neue Grundlage zu stellen. Die Städte sind als Sitz von Auslandsvertretungen und als Wirtschaftsstandorte vom Brexit betroffen und an einer Weiterführung der guten Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich interessiert. Die gegenseitigen Rechte und Pflichten sind daher soweit als möglich sicherzustellen und allenfalls auszubauen.

Wir sind der Ansicht, dass das vorliegende bilaterale Abkommen eine gute Lösung darstellt, um allfälligen negativen Auswirkungen des Brexit im Migrationsbereich entgegenzutreten. Wir stimmen ihm deshalb zu.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband

Präsident

Kurt Fluri, Nationalrat
Stadtpräsident Solothurn

Direktorin

Renate Amstutz

Kopie Schweizerischer Gemeindeverband